Zwei Meinungsumfragen, was von ihnen zu halten ist und was zu tun ist

Autor(en): **Raeber, Martin**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : Monatszeitschrift für Armee und Kader mit FHD-Zeitung**

Band (Jahr): **53 (1978)**

Heft 4

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-704046

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Zwei Meinungsumfragen, was von ihnen zu halten ist und was zu tun ist

Oblt Martin Raeber, Pfäffikon SZ

Im Februar dieses Jahres wurde das Resultat einer Meinungsumfrage zu den Bundesausgaben bekannt, wonach die überwiegende Mehrheit der Schweizer einhellig der Ansicht sein soll, dass zuerst beim Militär gespart werden müsse. Dies war namentlich für diejenigen Kreise, die mit Vorliebe immer wieder versuchen, Militär- und namentlich Sozialausgaben gegeneinander auszuspielen, ein willkommener Anlass, um einerseits die Finanzpolitik des Bundes hart zu kritisieren und andererseits eben erneut nach Einsparungen bei den Militärausgaben zu rufen, da dies ja dem Volkswillen entspreche. So ist auch der bundesrätliche Bericht über die Militärausgaben nicht zuletzt unter Bezugnahme auf diese Meinungsforschung von der Sozialdemokratischen Partei unsachlich kritisiert worden. Selbst höhere eidgenössische Beamte haben sich öffentlich auf diese Umfrage bezogen, um zu belegen, dass man nicht mehr für die Armee tun könne. In der Tat, wollte man auf die besagte Meinungsumfrage blinden Glaubens abstellen, so wären bei der Landesverteidigung erneut Abstriche vorzunehmen, wie die nachfolgende Tabelle zeigt:

Gewünschte Veränderung der Ausgaben	«Sparen oder Ausgaben vergrössern?»	
Landesverteidigung	—86	Einsparungen vergrössern (mit zunehmenden Minuswerten wird vermehrtes Sparen gefordert; es handelt sich um Gewichtspunkte, nicht um Prozentzahlen)
Nationalstrassen	—49	
Behörden/allgemeine Verwaltung	—48	
Diverses (Wohnbauförderung/Luftfahrt)	—40	
Finanzausgaben (Kantonsanteil an Bundessteuern)	—27	
Landwirtschaft	—18	
Bahnen	—05	
Entwicklungshilfe	—01	
Hochschulen	+05	Ausgaben vergrössern (mit zunehmenden Pluswerten wird eine Vermehrung der Ausgaben gefordert)
AHV/IV	+25	
Forschung	+35	
Krankenversicherung	+39	

Fragwürdige Untersuchung

Zu diesem Zahlenmaterial sind jedoch Fragezeichen zu setzen. So ist angesichts der Verwerfung des IDA-Kredites durch das Schweizer Volk kaum anzunehmen, dass – wie dies das vorgelegte Zahlenmaterial glauben machen will – der Volkswille ausgerechnet dahingeht, bei der Entwicklungshilfe am wenigsten Einsparungen vorzunehmen. Analysiert man das Resultat der Volksabstimmung über die Einführung eines zivilen Ersatzdienstes, so kann auch hier festgestellt werden, dass das wuchtige Nein des Souveräns zum zivilen Ersatzdienst gleichzeitig ein beeindruckendes Ja zur bewaffneten Landesverteidigung war. Der gleiche Souverän soll nun aber gerade dort, wozu er sich mit einer nicht wegzuinterpretierenden Deutlichkeit bekannt hat, am meisten Sparanstrengungen vornehmen wollen?!

Es wäre interessant, die Fragestellung zu dieser Meinungsumfrage genau zu kennen, mag sein, dass dann etwas Licht in diese doch recht unglaubwürdige Angelegenheit kommen würde. Auch ist unbekannt, wie die Befragten ausgewählt wurden; ebenso bietet die veröffentlichte Untersuchung keine Hinweise auf Befragungsmethode und – was nicht ganz unwesentlich ist – auf das mit der Untersuchung betraute Institut. Zudem ist nicht eindeutig klar, wer eigentlich der Auftraggeber war.

Eine neue, transparente und damit glaubwürdige Umfrage

Wie fragwürdig die erwähnte Untersuchung ist, zeigt eine neue Umfrage. Im Auftrag des *Vereins zur Förderung des Wehrwillens und der Wehrwissenschaft* (Zürich) führte das Institut für Markt- und Meinungsforschung ISOPUBLIC eine Untersuchung durch, welche die Meinung der Bevölkerung bezüglich des finanziellen Aufwandes für die Armee eruieren sollte. Die Befragten wurden nach einem wissenschaftlich erprobten Verfahren (Quota Sample) aus allen Schichten der Bevölkerung ausgewählt. Die Stichprobe ist aufgrund ihrer exakten Berücksichtigung der tatsächlichen absoluten Verhältnisse der Bevölkerungsverteilung und Zusammensetzung als *repräsentativ* anzusehen. Der auf diese Stichprobe berechenbare höchstmögliche theoretische Fehlerspielraum beträgt plus/minus 3 %. Die Untersuchung wurde in der Zeit vom 6. Dezember 1977 bis 21. Januar 1978 von 161 geschulten und erfahrenen Befragern von ISOPUBLIC in der ganzen Schweiz (exkl. Tessin) durchgeführt.

Die Frage

Die Untersuchung befasste sich allein mit dem Finanzrahmen für die Armee. Es wurde folgende Frage gestellt:

«Die Armee will durch ihre Stärke jedem möglichen Gegner zeigen, dass er bei einem Angriff auf die Schweiz mit zu hohem Aufwand an Zeit, Truppen und Material rechnen müsste, dass sich ein Angriff auf die Schweiz also nicht lohnt. Kommt es zu einem Angriff auf die Schweiz, so hat die Armee die Aufgabe, das Land von der Grenze an zu verteidigen. Sind Sie der Ansicht, dass der Armee zur Erfüllung dieser Aufgaben heute mit rund 2 % vom Volkseinkommen zu viel, genügend, zu wenig finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden?»

Die Ergebnisse auf die Gesamtbevölkerung bezogen

2 % des Volkseinkommens ist	Alle 18- bis 24jährigen	Alle Befragten
zu viel	31 %	15 %
genügend	46 %	59 %
zu wenig	13 %	18 %
weiss nicht / k. A.	11 %	8 %

Jeder dritte der Befragten bei 18- bis 24-jährigen ist der Ansicht, dass 2 % des Volkseinkommens für die Schweizer Armee zu viel ist. Bei der gesamten Schweizer Bevölkerung aller Altersgruppen findet knapp jeder sechste dies zu hoch.

Genügend findet knapp die Hälfte der befragten Jugendlichen die Mittel; bei der gesamten Bevölkerung sind es drei von fünf Befragten, welche die der Armee zur Verfügung gestellten Mittel als genügend bezeichnen. Zu wenig Mittel findet es bei den Jugendlichen gut jeder achte, bei der Gesamtbevölkerung etwas mehr als jeder sechste.

Es scheint, dass sich die Altersklasse der 18- bis 24jährigen Jugendlichen deutlich in ihrer Meinung von derjenigen der Gesamtbevölkerung abhebt. Etwas höher liegt auch bei den Jugendlichen der Anteil, der sich nicht zu dieser Frage äusserte, was besonders bei den 18jährigen mit 14 % «weiss nicht»-Antworten auffällt.

Die vorliegenden Zahlen belegen deutlich die Unhaltbarkeit der ersten Meinungsumfrage. Dann, wenn 59 % der Gesamtbevölkerung die Militärausgaben als genügend einstuft und nur 15 % als zu hoch, so lässt sich sagen, dass die Mehrheit der Bevölkerung weitere Einsparungen beim Militär nicht hinzunehmen gewillt ist. Zählt man zudem den Anteil der «Genügend»- und «Zu wenig»-Antworten zusammen, so ergibt dies 77 %. Wer hier noch behauptet, die Mehrheit der Bevölkerung wünsche bei der Armee vermehrte Einsparungen, der spricht unwahr oder stützt sich auf wackeliges Zahlenmaterial.

Interessant ist das Gefälle der Meinung der Jugendlichen und der Gesamtbevölkerung. Offensichtlich scheint bei der jüngeren Generation bezüglich der Kriterien,

an denen die Militärausgaben zu messen sind, ein Wissensdefizit zu bestehen. Immerhin sind es aber auch insgesamt doch 59 % der Jugendlichen, die die Militärausgaben als genügend/zu wenig einstufen, also auch hier wiederum eine Bestätigung der Unhaltbarkeit der ersten Meinungsumfrage.

Die Ergebnisse gemäss Sprachregionen

	Deutschschweiz		Westschweiz	
2 % sind	18- bis 24jährig	Gesamtbevölkerung	18- bis 24jährig	Gesamtbevölkerung
zu viel	27 %	13 %	42 %	23 %
genügend	48 %	60 %	39 %	56 %
zu wenig	15 %	20 %	7 %	14 %
weiss nicht	10 %	8 %	12 %	8 %

Die Tatsache, dass sowohl bei den Jugendlichen wie auch bei den Welschschweizern eine grössere Anzahl der Befragten findet, die Ausgaben für die Armee seien zu hoch (verglichen mit der Gesamtbevölkerung), ergibt sich für die Gruppe der 18- bis 24jährigen Welschen ein grösserer Anteil Jugendlicher, nämlich gut zwei von fünf, die die Ausgaben zu hoch finden. Entsprechend klein fällt in dieser Gruppe die Zahl derjenigen aus, welche die Mittel eher zu wenig hoch findet. Der auffallende Unterschied zwischen der deutschen und der welschen Schweiz zeigt, dass man in der Romandie offensichtlich eher geneigt ist, beim Militär Einsparungen vorzunehmen.

Die Ergebnisse der männlichen und weiblichen Bevölkerung

	Männer		Frauen	
2 % sind	18- bis 24jährig	Gesamtbevölkerung	18- bis 24jährig	Gesamtbevölkerung
zu viel	36 %	15 %	26 %	15 %
genügend	43 %	57 %	49 %	61 %
zu wenig	16 %	22 %	10 %	15 %
weiss nicht	5 %	6 %	16 %	9 %

Es fällt auf, dass bei der Gesamtbevölkerung der Unterschied zwischen der Meinung der Männer und der Frauen nicht so gross ist wie bei den Jugendlichen. Die jungen Frauen von 18 bis 24 Jahren haben sich zudem zu einem hohen Anteil nicht zu dieser Frage geäussert.

Was ist zu tun?

Aus der zweiten, glaubwürdigen Umfrage, auf die wir abstellen können, wird ersichtlich, dass namentlich die Jugendlichen und die Welschschweizer am ehesten bereit sind, bei der Armee weitere Abstriche zu tolerieren. Bezüglich der Gesamtbevölkerung kann festgestellt werden, dass die Mehrheit wohl die Höhe der Militärausgaben als genügend bis zu wenig hoch einstuft; es stellt sich jedoch die Frage, ob diejenigen, die die Militärausgaben als genügend betrachten, mit ihrer Ansicht auch recht haben. Denn die tatsächlichen Gegebenheiten sehen nicht derart rosig aus. Dazu einige Tatsachen:

- Noch immer bestehen gravierende Lükken in den Rüstungsbedürfnissen, die sicher «einmal» geschlossen werden, doch ob diese Schliessung beim gegenwärtigen Finanzrahmen zeitgerecht erfolgen kann, ist mehr als fragwürdig. Es bleibt uns nur zu hoffen, dass die Bewährungsprobe nicht schon morgen stattfindet.
- Wir leisten uns die Aufrechterhaltung dieser Lücken in einer Zeit, da die potentielle Bedrohung noch nie so massiv vorhanden war. Doch nicht allein das Vorhandensein einer riesigen Militärmaschinerie im Raume Mitteleuropa sollte uns zu denken geben, sondern vor allem die Tatsache, dass eine Streitmacht – Warschauer Pakt – genau diejenige Struktur aufweist, die für eine schnelle Offensive bestimmt ist (die Masse besteht aus Panzern und motorisierten Infanteriedivisionen mit stärkster Artillerieunterstützung).
- Seit 1965 gingen die Rüstungsausgaben gemessen mit konstanten Preisen um ein Drittel zurück.
  1960 betrug der Anteil der Militärausgaben am Bruttosozialprodukt 3 %, 1977 noch 1,9 %.
  1960 betrug der Anteil der Militärausgaben am Gesamtbudget des Bundes 38 %, 1977 noch 18,7 %.
  Mit andern Worten: Die Ausgaben für die militärische Sicherheit gingen genau in jener Periode zurück, da man weltweit von Entspannung sprach, in Tat und Wahrheit jedoch hüben und drüben massiv aufrüstete.

Angesichts der Lücken in der materiellen Verteidigungsbereitschaft und der potentiellen Bedrohung kann die Frage, ob unsere Rüstungsanstrengungen «genügend» sind, wohl nur noch rhetorisch gestellt werden. Es gilt somit für diejenigen, die dazu berufen sind, intensivere Aufklärung zu betreiben, denn vermehrte Rüstungskredite haben nur dann eine Chance, wenn das Volk deren Notwendigkeit begreift. Dazu ist aber mehr Information notwendig. Doch wer ist eigentlich zur Informationsvermittlung berufen?
Es sind dies einmal die militärischen Vereine. Müssten somit anhand der Meinungsumfrage Zensuren verteilt werden, die militärischen Gesellschaften der deutschen Schweiz erhielten wohl ein knappes «Genügend», derweil die Kameraden der Romandie wohl etwas aktiver werden müssten.
Des weitern sind vor allem Offiziere – insbesondere hohe Offiziere – dazu berufen, auf Mängel in der Rüstung aufmerksam zu machen. Erfreulicherweise tun sie dies auch, obwohl ihnen dann regelmässig von sozialdemokratischer Seite heftige Kritik erwächst. Nun, bis anhin liessen sie sich dadurch nicht beirren, und es ist zu hoffen, dass sie auch weiterhin ihre diesbezügliche Verantwortung wahrnehmen werden.
Zur Mitarbeit an der Informationstätigkeit ist jedoch auch jeder aufgerufen, der von seinem Wissen her dazu in der Lage ist (oder sein sollte). Um etwa zu erkennen, dass die Panzerabwehrkraft der Infanterie auf Stufe Kompanie ungenügend ist, braucht es nicht das Wissen eines Korpskommandanten, jeder Füsilier wird sich dessen im WK bewusst.
Aufklärung oder eben Nicht-Aufklärung erfolgt aber auch durch Verhaltensweisen der sogenannten opinion-leaders. Wenn Politiker jahrelang bereit sind, auf Kosten der Rüstung Sparanstrengungen hinzunehmen, so muss man nicht erstaunt sein, wenn dann die Bevölkerung, die über weniger Information verfügt, dies als «normal» betrachtet. Denn wenn man es sich scheinbar erlauben kann, während eines Jahrzehnts Jahr für Jahr weniger für die Rüstung auszugeben, so liegt der Trugschluss nahe, dass die Rüstungsausgaben eben zu hoch waren. Es sei zugegeben, dass die Rüstungskredite in der Regel nun anstandslos die Räte passieren, doch, ist dies ein Beweis dafür, dass diese Kredite «genügend» sind? Man hat den Eindruck, dass Kreditbegehren nicht nach dem Grundsatz «Was brauchen wir tatsächlich?» gestellt werden, sondern nach dem Motto «Was schluckt das Parlament?», auch dies eine Verhaltensweise, die nicht dazu angetan ist, die breite Bevölkerung auf die tatsächlichen Bedürfnisse aufmerksam zu machen, was dann eben dazu führt, dass die Militärausgaben mangels umfassender Information als «genügend» hingenommen werden.

Was ist zu sagen?

Es geht primär einmal darum, der Bevölkerung und namentlich den Jugendlichen die Aufgabe innerhalb der Gesamtverteidigung aufzuzeigen. Wesentlich ist auch, dass wir uns vermehrt bewusst werden, dass die Armee vielleicht schon morgen ihre Aufgabe wird erfüllen müssen. Mit andern Worten: Die potentielle Bedrohung, wie sie heute in Europa unbestreitbar vorhanden ist, soll vermehrt ins Bewusstsein gebracht werden. Diese potentielle Bedrohung ist es auch, wonach sich unsere Rüstungsanstrengungen richten müssen. Eine Armee ist nur dann glaubwürdig, wenn sie sich der Bewaffnung und den Absichten potentieller Gegner permanent anpasst, eine Maxime, die auch der Bericht des Bundesrates über die Sicherheitspolitik vertritt: «Massgebend für unsere Vorbereitungen muss angesichts der jederzeit einsetzbaren strategischen Waffen und der namentlich auch im europäischen Raum stationierten Armeen die potentielle, das heisst die durch das vorhandene Potential gegebene Bedrohung sein» (man achte auf die Wörtchen «massgebend» und «jederzeit»!). Basierend auf der Analyse der Bedrohungslage sind auch die Mängel in der Rüstung aufzuzeigen. Nur wenn der Bürger über diese Dinge – Auftrag der Armee, Bedrohung, Stand der Rüstung – umfassend informiert wird, ist er auch bereit, zugunsten der militärischen Sicherheit Opfer zu erbringen. Ob er dann die Militärausgaben noch als genügend betrachten wird, dürfte fraglich sein.
Noch ein Wort zur Information der Jugendlichen im vordienstpflichtigen Alter. Diesem Zielpublikum kommt besondere Bedeutung zu. Denn die Jugendlichen sind

es ja, die die Schweiz von morgen tragen werden. Hier geht es vor allem darum, aufzuzeigen, was wir zu verteidigen haben. Dazu sind alle Bezugspersonen der Jugendlichen aufgerufen, sie haben hier eine vordringliche Aufgabe wahrzunehmen.

Zusammenfassung

Zusammenfassend kann festgestellt werden,

- dass die von sozialdemokratischer Seite hochgejubelte und nach Kräften ausgeschlachtete «Meinungsumfrage» unglaubwürdig ist;
- dass gemäss einer seriös durchgeführten und glaubwürdigen Meinungsumfrage die Mehrheit der Bevölkerung die Ausgaben für die Armee als «genügend» betrachtet, was wiederum bedeutet,
  - dass weitere Einsparungen nicht dem Willen der Mehrheit entsprechen würden;
- dass das Urteil «genügend» aber kaum aus einer umfassenden Kenntnis der Gegebenheiten entstanden sein dürfte;
- dass im allgemeinen und bei den Jugendlichen und in der welschen Schweiz im besonderen vermehrte Aufklärung durch alle berufenen Kräfte notwendig ist;
- dass die entscheidungsbefugten Kreise aufgerufen sind, die Bedürfnisse der Armee an den tatsächlichen realen Gegebenheiten zu messen und nicht an vermeintlicher politischer Opportunität.

Die Abwehr des Kleinkriegs gegen die Schweiz

I. Standort beziehen!

Oblt Heinz L. Weisz, Zürich

Richtungsweisender Leitgedanke

Tout en faisant ce que le devoir exige s'il faut venir aux dernières extrémités, je m'écarterai jamais des bornes de la modération et de l'humanité; je ne perderai point de vue que c'est entre confédérés qu'a lieu de débat; je resterai étranger aux excitations politiques et, me renfermant exclusivement dans mes attributions militaires, je m'efforcerai de maintenir l'ordre et la discipline dans les troupes fédérales, de faire respecter les propriétées publiques..., en un mot, de tout faire pour adoucir les maux inséparable d'une guerre. Puisse alors mon dévouement être utile à la commune Patrie!

General Henri Dufour bei seiner Ernennung zum Oberbefehlshaber gegen den Sonderbund durch die Tagsatzung vom 21.10.1847

1. *Grundsätzliches über die Kleinkrieg-Abwehr in der Schweiz*

Kleinkrieg (KK) ist eine Kriegsart, die einen politischen Zustand in unserem Lande vorbereiten kann. Meistens wird sie nur *Teil einer Militärstrategie* gegen uns bilden. Diese wird andere Kriegsarten wie

a) *bewaffnete Subversion* (bwS)
b) *konventionellen Krieg* (koK)
c) *chemischen Krieg* (CK)
d) *atomaren Krieg* (AK)

als weitere Mittel zu politischen Zwecken einsetzen. In der einzelnen Kriegsart reicht deren Verwendung von der Drohung bis zum blutigen Ernst. Unter Umständen folgen sich Kriegsarten oder führen Hand in Hand eine Steigerung ihrer Gesamtwirkung herbei.

Um Krieg in mehreren Kriegsarten zu verstehen, ist Klarheit über das Wesen der Militärstrategie Vorbedingung:

I. Der *Zweck unserer Militärstrategie ist* **ein entscheidender Beitrag zur Erlangung eines Waffenstillstandes** durch *Kapitulation, Aussergefechtsetzung bzw. Rückzug wesentlicher Teile aller Militärsysteme* jener *Kriegsarten,* die *der Angreifer gegen uns einsetzt.*

II. Dieser Waffenstillstand soll *politisch vorteilhafte Ausgangsebenen für einen besseren und dauerhaften Frieden erzeugen.*

III. Unsere Militärstrategie handelt
— in *Raum und Zeit,*
— auf *moralischen, geistigen und materiellen Ebenen,*
um uns folgende militärische Verhaltensformen zu ermöglichen:

a) Eine **strategische Defensive,** welche das *moralisch-geistige Angriffsvermögen des Gegners überdauert. Seine geistigen Angriffsvorstellungen sollen scheitern. Seine moralisch-materiellen Kampfeinsätze* stehen *in keinem Verhältnis mehr zum Konfliktziel «Schweiz».*

b) Eine **strategische Offensive,** welche *in kurzfristigen Aktionen* bei der *gegnerischen Führung langfristig Wille und geistiges Vermögen zur Aggression bricht.* Sie soll vor allem *seine ersten Angriffshandlungen im Schwerpunkt entscheidend treffen.*

c) Eine **Fähigkeit zur Kombination von Offensive und Defensive,** welche – wenn möglich ohne grössere Aktionen – *beim Gegner vor Konfliktausbruch* oder *in seinen ersten Zügen geistige Wahrnehmungen durch die Vorbereitung der Abwehr in allen Kriegsarten erzeugt,* welche in ein für den Angreifer zu hohes moralisches und geistiges Risiko umschlagen.

IV. Die *Teilstrategie unserer Abwehr in einer Kriegsart* hat durch ihre **taktischen Resultate** und **Operationen**

a) *zuerst* einen *wesentlichen Beitrag an die Zwecke I.–III. der Militärstrategie des Konfliktes* zu leisten,

b) dann *das eigene Handeln in anderen Kriegsarten und Konfliktformen* zu unterstützen.

V. Unsere Militärstrategie entspricht in der Abwehr aller Kriegsarten *unseren*
- *politischen und sozialen Institutionen,*
- *Zeit- und Ressourcenkapazitäten,*
- *zivilen* und *militärischen Systemen.*

VI. Unsere **Militärstrategie ist keine Doktrin,** die Anpassungsfähigkeit, schöpferisches Vorgehen und das Mass des Möglichen vergewaltigt. Sie ist vielmehr eine **«unité de raisonnement»,** die *zu gemeinsamen materiellen und geistigen Absichten* führen, welche sich auf **vor Individuum und Gemeinschaft vertretbaren moralischen Zwecken ausrichten.**
Unsere Militärstrategie wird vom Bewusstsein geleitet, dass *ihr künftig weniger Ressourcen (vorab Menschen und Geld) zur Verfügung stehen.* Deshalb muss sie auch *mit weniger Staat auskommen.* Dadurch *steigen* jedoch *ihre moralisch-geistigen Anforderungen an den einzelnen.*

Notieren wir schliesslich eine wichtige Folgerung:

Militärstrategie erzeugt keinen Frieden!

Letzterer *bleibt in Kompetenz, Autorität* und damit *in der Verantwortung der Gesamtpolitik.*

Kein sogenannter Sieg, kein Feldherr, keine Diplomatenbürokratie mit parteigebundenen Chefs, ebenso kein Amt für strategische Studien oder gar «Friedensforscher» entlasten **die Gesamtpolitik von der Pflicht zur Vorbereitung, Durchführung und Beendigung eines Konfliktes in mehreren Kriegsarten.** Auf unsere Verhältnisse umgelegt liegt diese Aufgabe nun ebensosehr bei den *Parlamenten in Gemeinden, Kantonen und Bund* wie *bei den Behörden:* vom *kleinsten Gemeinderat bis zu den Bundesräten.*
Diese Organe unserer Gesamtpolitik haben im Konflikt kombinierter Kriegsarten *eine*